

Blaupause für Sozialismus?

Der renommierte ägyptische Ökonom Samir Amin über die strukturelle Krise des Kapitalismus und den langen Weg zum Sozialismus, für den selbst Karl Marx keine Blaupause hatte. **Seite 3**



Die Brüder Grimm

Allseits bekannt sind sie durch ihre Märchensammlung, doch ihr größtes Werk ist das »Deutsche Wörterbuch«, an dem sie konzentriert arbeiteten bis zu ihrem Tod – fertig war es aber erst 1961. **Seite 13**



Spielzeug

Worauf man beim Kauf achten sollte / Wer haftet bei Sturz auf Glätteis? / Fiskus: Tipps zum Jahresende

Standpunkt

Hartz IV wirkt

Von Fabian Lambeck

Die Bilanz des IAB-Institutes zeigt deutlich: Hartz IV wirkt. Die unseelige Reform wirkt so, wie es sich die deutsche Industrie einst wünschte. Der Druck auf Arbeitnehmer und Arbeitssuchende ist größer geworden. Selbst höher qualifizierte nehmen immer häufiger Jobangebot zu schlechten Konditionen an. Arbeitsmarktpolitisch entpuppt sich die Reform als Rohrkrepierer mit zahlreichen Nebenwirkungen. Der Zusammenhang zwischen Hartz IV und Niedriglöhnen ist laut IAB nicht erwiesen. Aber Fakt ist, dass die Erpressbarkeit der Beschäftigten wächst, wenn die Konkurrenz Arbeitskräfte auf Ein-Euro-Basis beschäftigt oder nach einem Jahr Arbeitslosigkeit bereits der finanzielle Absturz droht.

Diese Abwärtsspirale beim Lohn kostet auch den Staat Milliarden. Immerhin verdienen 1,3 Millionen Erwerbstätige so wenig, dass sie ihr Gehalt mit Hartz-IV-Leistungen aufstocken müssen. Zudem weist die IAB-Bilanz einen Schönheitsfehler auf. So wissen die Forscher zwar, wie viele Menschen eine Beschäftigung aufgenommen haben, aber nicht, wie lange diese Tätigkeit andauerte. Oft werden Hartz-IV-Betroffene auf Probe beschäftigt, und sobald ein regulärer Arbeitsvertrag abgeschlossen werden müsste, finden sie sich im örtlichen Jobcenter wieder.

Deutschland braucht eine Arbeitsmarktreform, die diesen Namen verdient. Dazu gehören eine Erhöhung des Regelsatzes und die Einführung von bundesweiten Mindestlöhnen.

Unten links

Während in Kopenhagen verzweifelt um die Rettung der Welt gerungen wird, zeigen die Deutschen hoffnungsvolle Ansätze eines notwendigen Umdenkens. Laut Umfrage der GfK Marktforschung möchte nämlich fast jeder Fünfte Weihnachten abschaffen. In der Tat: Kein anderes Ereignis belastet die Umwelt so wie das angeblich schönste Fest des Jahres. Nicht nur, dass Heere von Räucherstäbchen ihren giftigen Brodem in die Atmosphäre blasen und Milliarden Christbäume sich ihrer mit Pestiziden belasteten Nadeln mitten auf unsere geschundene Erde entledigen. Saisonal entwickelt die Weihnachts-Krippe ihren pandemischen Furor und beschert den Pharmakonzernen neue astronomische Profite. Anstatt aus der Krise in Sachen Solidarität zu lernen, werden zudem Tonnen von Spekulationen produziert. Ganz zu schweigen davon, dass 20 Jahre nach dem Mauerfall Hubertus Knabe tatenlos zusieht, wie Scharen maskierter Roter mit dubiosen Säcken unsere Kinder indoktrinieren. *ibo*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 51,20/57,20 SKK (1,70/1,90 EUR);
Tschechien 60/65 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940



Die Armut ist gleicher geworden

Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit präsentierte Hartz-IV-Bilanz

Von Fabian Lambeck

»Fünf Jahre Hartz IV« – das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zog am Dienstag Bilanz. Die Zahlen belegen, dass der Ausstieg aus Hartz IV nur selten gelingt und zahlreiche Gruppen beinahe unvermittelbar sind.

Als die umstrittene Arbeitsmarktreform am 1. Januar 2005 in Kraft trat, war das gleichbedeutend mit einem Paradigmenwechsel. Unter dem Motto »Fordern und Fördern« wollte man die Arbeitslosen zu einem »eigenverantwortlichen und autonomen Handeln« befähigen, schreibt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in seiner Bilanz. Und wirklich, in dieser Hinsicht war der Reform ein zweifelhafter Erfolg beschieden. Wie IAB-Direktor Joachim Möller am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Berlin betonte, habe Hartz IV »den Druck erhöht«. So seien die Job-Bewerber heute viel »williger« als früher. Was Möller nicht sagte: Die rigide Sanktionspraxis der Jobcenter sowie die Aussicht auf ein Leben mit Hartz IV macht viele Arbeitslose erpressbar.

Dass Hartz die Menschen dazu bringt, für wenig Geld zu arbeiten, bestreitet auch das IAB nicht. Nach Angaben des Instituts verdient jeder Zweite, dem der Ausstieg aus Hartz IV gelingt, zunächst weniger als 7,76 Euro brutto pro Stunde. Nur jeder Vierte findet einen Job, bei dem der Stundenlohn mehr als 10 Euro beträgt. Im Osten verdienen die Betroffenen pro Stunde einen Euro weniger. Einen Zusammenhang zwischen der Ausbreitung von Niedriglöhnen und der Einführung von Hartz IV wollen die IAB-Forscher aber nicht erkennen.

Zwar ging die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen seit 2006 von 5,4 Millionen auf 4,9 Millionen zurück, doch nur die Hälfte der



Auch fünf Jahre nach Einführung wird gegen Hartz IV protestiert.

Foto: dpa

mehr als 500 000 »Abgänge« fand tatsächlich Arbeit, wie das IAB eingestehen muss. Viele Betroffene verloren ihren Anspruch, weil der Partner jobbte und der gemeinsame Haushalt nicht mehr als bedürftig galt. Und so blieben immerhin 17 Prozent dieser Abgänge weiterhin arbeitslos. Auch die meisten der über 55-Jährigen, die aus der Statistik fielen, hatten mitnichten einen neuen Job angenommen: Vielmehr wechselten sie mit erheblichen Abschlägen in die Rente.

Generell gilt: Wer einmal in den Hartz-IV-Bezug fällt, der kommt da so schnell nicht wieder raus. Drei

Viertel aller Betroffenen waren mindestens zwölf Monate durchgängig auf die schmalen Regelsätze angewiesen. Dies gilt insbesondere für »Problemgruppen« wie Geringqualifizierte, Langzeitbezieher, Migranten und alleinerziehende Frauen. Mütter ohne Partner »verbleiben oftmals dauerhaft im Leistungsbezug«, so das Fazit des Instituts. Mehr als die Hälfte von ihnen sogar länger als drei Jahre. Hier sehen die IAB-Forscher dringenden Handlungsbedarf. Denn oftmals erhalten die Frauen keinen Betreuungsplatz für ihr Kind und sind somit nicht vermittelbar.

Trotzdem ist man beim IAB der Auffassung, dass die Reform besser als ihr Ruf sei. Den Vorwurf der LINKEN, Hartz IV sei »Armut per Gesetz«, lässt man jedenfalls nicht gelten. Durch die im Zuge der ALG-II-Einführung erfolgte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sei die »Armut gleicher geworden«, meinte IAB-Chef Möller gestern.

Währenddessen urteilte das Bundessozialgericht am Dienstag, dass das Land Berlin dem Bund rund 13,1 Millionen Euro Schadensersatz für überhöhte Wohnungskosten für Hartz-IV-Empfänger zahlen muss. **Seite 9**

Schwere Vorwürfe gegen dänische Polizei

Klimagipfel überschattet von Übergriffen gegen Protestierer / Verhandlungen vor entscheidender Phase

Von Susanne Götze, Kopenhagen

Während die Verhandlungen bei der UN-Klimakonferenz weiter kaum vorankommen, wird der dänischen Polizei ein unverhältnismäßiges Vorgehen gegen Demonstranten vorgeworfen. Mittlerweile erhöhte sich die Gesamtzahl der Festgenommenen auf 1500.

In einer Lagerhalle im Kopenhagener Polizeihauptquartier stehen rund 40 Stahlkäfige. Sie wurden aus Deutschland angeliefert und stammen noch von den G8-Protesten in Heiligendamm im Sommer 2007. Gut zwölf Stunden lang wurden dort am Wochenende Hunderte Demonstranten in Haft gehalten. Jüngste Gesetzesverschärfungen erlauben es der dänischen Polizei, Demonstranten in Präventivhaft zu nehmen, wenn diese »Ordnung und Sicherheit gefährdende« Absichten haben. Über 600 der mittlerweile wieder freigelassenen Protestler wollen gegen die Willkür der Sicherheitsbehörden juristisch vorgehen.

Hinzu kommen nun auch Berichte über Polizeübergriffe. Als in der

Nacht zu Montag Gefangene laut riefen und an den Gittern rüttelten, seien Beamte auf die Käfige geklettert und hätten die Insassen mit Pfefferspray besprüht, erklärte der Anwalt Mark Jorgensen, der Aktivisten vertritt. Davon sollen auch viele Gefangene betroffen gewesen sein, die sich ruhig verhalten hätten. Eine Aktivistin berichtete zudem, Gefangenen seien die Decken, Matten und das Wasser weggenommen worden. Auch die dänische Sektion von Amnesty International kritisierte das Vorgehen der Sicherheitsbehörden als »vollkommen unverhältnismäßig«. Von 968 Personen, die nach offiziellen Angaben allein während der Großdemonstration am Sonntag festgenommen wurden, seien lediglich gegen 13 konkrete Vorwürfe erhoben worden.

Wenn es das Kalkül der massiven Polizeieinsätze war, den Protest in Kopenhagen deutlich zu

schwächen, so scheint dieses aufgegangen zu sein. Am Sonntag blieb eine geplante Hafenbesetzung schon in den Anfängen stecken, wobei erneut zahlreiche Aktivisten festgenommen wurden. Die Verhaftungswut reißt nicht ab: In der Nacht zu Dienstag stürmten

Beamte mit Wasserwerfern und Tränengas in den »Freistaat Christiania« und nahmen 200 Teilnehmer einer Feier fest. Zuvor hatten kleine Gruppen vor dem Eingang des besetzten Kasernengeländes Barrikaden gebaut, Feuer entzündet und nach Polizeiangaben Brandsätze geworfen. Die wohl brisanteste Konfrontation steht erst noch bevor: Für heute haben Aktivisten angekündigt, das Tagungszentrum der UN-Konferenz symbolisch zu »stürmen« und eine Versammlung abzuhalten, zu der jeder Zugang hat.

Beim Gipfel selbst, an dem mitt-

lerweile 193 Staaten teilnehmen, wurden am Dienstagnachmittag die Verhandlungen der Umweltminister offiziell eröffnet. In den kommenden 48 Stunden müssten die Minister sehr hart und konzentriert arbeiten, sagte Konferenzpräsidentin Connie Hedegaard. Neben konkreten Zielen zur Reduzierung der Treibhausgase und Finanzierungsfragen gehört nach den Worten der dänischen Umweltministerin der künftige Überwachungsmechanismus zu den Hauptstreitpunkten. Vor allem die USA sträuben sich gegen eine strenge Berichtspflicht bei der Umsetzung ihrer Klimapolitik.

UN-Klimachef Yvo de Boer sprach von deutlichen Fortschritten bei den Verhandlungen. Am Ende werde es aber Aufgabe der Staats- und Regierungschefs sein, die ab Donnerstag verhandeln, einen Erfolg zu erzielen.

Umwelt- und Entwicklungsverbände protestierten unterdessen gegen den Ausschluss der meisten ihrer Mitarbeiter von der Konferenz. **Seiten 8 und 16**

Speichern von Daten vor Gericht

Karlsruhe will Grundsatzurteil fällen

Karlsruhe (dpa/ND). Das Bundesverfassungsgericht will grundsätzlich über die Speicherpflicht von Telefon- und Internetverbindungsdaten entscheiden. Das künftige Gerichtspräsident Hans-Jürgen Papier am Dienstag zu Beginn des bisher umfangreichsten Massenklageverfahrens in Karlsruhe an. Während Kläger vor einem »Dambruch« bei der Einschränkung von Grundrechten warnten, sagte ein Vertreter des Bundesjustizministeriums, die Daten seien häufig der einzige Anhaltspunkt für Ermittlungen.

»Es wird das verfassungsrechtliche Grundsatzproblem zu beleuchten sein, ob eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung über einen Zeitraum von sechs Monaten, wie sie das Gemeinschaftsrecht zwingend vorgibt, überhaupt mit dem Telekommunikationsgeheimnis vereinbar sein kann«, sagte Papier zum Auftakt der Anhörung. Verhandelt wurde über gut 60 exemplarische Verfahren, insgesamt hatten fast 35 000 Beschwerdeführer in Karlsruhe geklagt. Ein Urteil wird im Frühjahr erwartet.

Nach dem seit 2008 geltenden Gesetz werden Verbindungsdaten aus der Telefon-, Mail- und Internetnutzung sowie Handy-Standortdaten für sechs Monate gespeichert; Gesprächs- und Mail-Inhalte sind nicht betroffen. Abrufbar sind sie für Zwecke der Strafverfolgung sowie der Gefahrenabwehr.

Tagesthema Seite 2

Kurz

Tödliche Demo

Istanbul (dpa). Bei gewaltsamen Protesten von Anhängern der in der vergangenen Woche verbotenen Kurden-Partei DTP sind im Osten der Türkei am Dienstag zwei Demonstranten erschossen worden. Ein Privatmann habe in Bulanik das Feuer eröffnet, nachdem Demonstranten sein Geschäft und sein Auto attackiert hätten, berichteten türkische Medien. **Seite 7**

Anschlag in Kabul

Kabul (dpa). Ein Selbstmordattentäter hat am Dienstag im schwer bewachten Diplomatenviertel der afghanischen Hauptstadt Kabul mindestens acht Menschen mit in den Tod gerissen. 40 weitere Menschen seien bei der schweren Detonation der Autobombe verletzt worden.

Doppelte Truppe

Bratislava (dpa). Die Slowakei wird ihre Truppenstärke in Afghanistan verdoppeln. Das bestätigte Staatspräsident Ivan Gasparovic am Dienstag.

Panzer für Brasilien

São Paulo (dpa). In Brasilien ist die erste Ladung von insgesamt 240 deutschen Leopard-Kampfpanzern vom Typ »1A5« eingetroffen. Nach brasilianischen Medienberichten vom Dienstag kamen am Vortag 34 Panzer im Hafen von Rio Grande an.